

Ostdeutsche Bau-Zeitung

vereint mit

Breslau

Deutsche Baugewerbe-Zeitung Leipzig

34. Jahrgang

Breslau, den 11. Juni 1936

Nummer 24

Ländliche Siedlungen Friedrichs d. Gr. in Schlesien

Teil VIII: Die Siedlungspolitik des Königs — Siedlungen der Städte

Von Johannes Reischel, Breslau

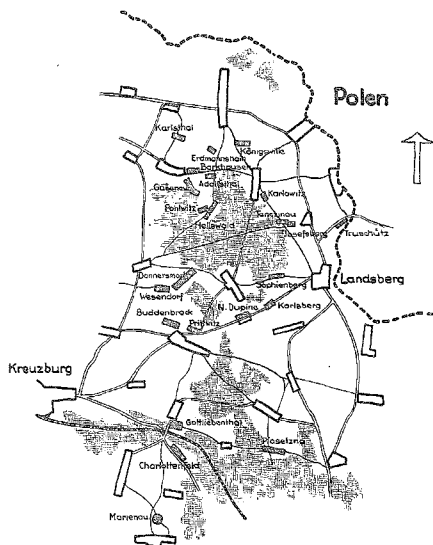


Friderizianisches Siedlungshaus in Hussinetz, Kreis Strehlen (4 Aufnahmen und 11 Zeichnungen vom Verlasser)

Die Siedlungstätigkeit Friedrichs des Großen war in erster Linie die Ursache einer großzügigen Bevölkerungspolitik. Friedrich übernahm 1740 ein Land mit etwa $2\frac{1}{2}$ Millionen Einwohnern, von denen ein Teil abgesondert im Bayrischen und ein anderer am Niederrhein wohnte. Von seinen Hauptgegnern hatte Frankreich zu jener Zeit etwa 17 Millionen und Oesterreich 13 Millionen Bewohner aufzuweisen. Wollte sich der König in diesem ungleichen Kräfteverhältnis behaupten, so mußte er auf möglichst schnelle Hebung der Bevölkerungsziffer bedacht sein. Wohl brachte die Besitzergreifung Schlesiens einen sofortigen Zuwachs von über einer Million Einwohnern, doch brauchte er die Hälfte seiner Regierungszeit dazu, diese Neuerwerbung zu sichern. Einen weiteren Bevölkerungsgewinn konnte der König nur durch Ansiedlung von Ausländern erreichen. In diesem Sinne ist die mitunter fieberhafte Siedlungstätigkeit des Preußenkönigs zu verstehen und die immer wiederkehrende Bedingung, nur Ausländer (Nichtpreußen) anzusiedeln. Hierbei spielten rassische Unterschiede keine Rolle, denn der Staat des 18. Jahrhunderts kannte das völkische Problem noch nicht. Friedrich der Große nahm ebenso gern die Gelegenheit wahr, die wegen ihres Glaubens verfolgten Hussiten aus Böhmen und Mähren anzusiedeln, als auch die Polen, die inner-

politische Schwierigkeiten hatten, ins Land zu ziehen. Wenn man für Siedlungen im Kreise Löwenberg Leute aus dem benachbarten, aber im sächsischen Lande gelegenen Friedersdorf (Kreis Lauban) heranzog, so entsprach dies dem Wunsche des Preußenkönigs, der deutsche Leute aber als Kolonisten bevorzugte, weil sie als Kulturpioniere von größerem Wert waren als Polen und Böhmen.

Die andere Seite der friderizianischen Kolonisation war die wirtschaftliche. Eine Vermehrung der Bevölkerung, namentlich auf dem platten Lande, die sowieso die Mehrheit bildete, war bei der im Osten Deutschlands herrschenden Agrarverfassung kaum möglich. Wohl hatte der Dreißigjährige Krieg in ganz Deutschland tiefe Wunden geschlagen, aber die Landstriche mit gesunder bäuerlicher Bevölkerung hatten sich verhältnismäßig schnell wieder erholt. Die Gutsverfassung im Osten gab es dem Großgrundbesitz jedoch in die Hand, den untertänigen Bauernstand nach Belieben einzuschränken. Stiegen die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse, stieg auch das Interesse des Großgrundbesitzes für vollkommene Ausgestaltung seines landwirtschaftlichen Betriebes, wozu wieder mehr Arbeitskräfte erforderlich waren. Diese mußten aber ihrer eigenen Scholle entzogen werden. Man half sich dadurch, daß man die dem Großgrundbesitz dienstpflichtigen



Ein Beispiel für die Häufung der Kolonien an der polnischen Grenze

Bauernstellen entweder mehr oder weniger zwangsweise aufkaufte, oder sie in Gärtnerstellen mit kleinerem Grundbesitz und wiederum Gärtnerstellen in Häuserstellen umwandelte. Das dadurch freiwerdende Land wurde zum Großgrundbesitz geschlagen und die Arbeitskräfte konnten nun zur Domänenarbeit herangezogen werden. Diesem sogenannten „Bauernlegen“ schob Friedrich der Große durch seine Bauernschutzgesetzgebung vom Jahre 1749 einen Riegel vor. Eine Vergrößerung des Großgrundbesitzes auf Kosten des Bauernlandes wurde dadurch unmöglich gemacht. Wohl hatte schon der Vater

Friedrichs das „Bauernlegen“ verboten, aber man fand immer wieder Hinterlüren zur Umgehung des Gesetzes. Bei Verkäufen stellte man derart unmögliche Bedingungen, daß ein Verkauf nie zustande kam, oder man belastete die Stelle derart mit Roboten (persönliche Dienstleistungen), daß ein Bestehen auf der Scholle unmöglich wurde. Die Lasten des dem Großgrundbesitz einverleibten Gutes wurden außerdem noch auf die übrig gebliebenen Bauern- und Häuslerstellen verteilt. Kam eine Bauernstelle wirklich zum Verkauf, so wurde bei dieser Gelegenheit vollwertiges Bauernland gegen geringeres Domänenland ausgetauscht.

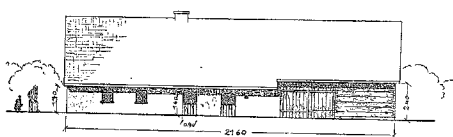
Man hatte sich schon vor Friedrich dem Großen mit dem Problem der Kolonisation befaßt und die Meinung vertreten, daß nur durch Aufteilung der großen Güter des Adels die Durchführung möglich sei. Friedrich II. selbst aber ging andere, schwierigere Wege, nämlich die, welche schon die Kolonisation des 13. Jahrhunderts gegangen war, mit Schippe und Rodehacke. Es muß betont werden, daß bei der Neusiedlung so gut wie kein voll genutzter Kulturboden verwendet worden ist. Wenn solcher doch aufgeteilt wurde, so waren es entfernt liegende Vorwerke. Eine groß angelegte Siedlungsarbeit konnte in erster Linie nur dort entstehen, wo die Landbeschaffung keine Schwierigkeiten machte, das heißt, wo der Staat selbst große Geländeflächen zur Verfügung hatte. In Ostpreußen gehörte dem preussischen Staat z. B. die Hälfte des Großgrundbesitzes selbst und von den in Westpreußen errichteten Siedlerstellen stehen 90 vH auf Domänenrunde.^{*)} Da in Schlesien wenig staatlicher Besitz für Siedlungen zur Verfügung stand und der Adel ziemlich alles Land in Händen hatte, waren hier größere Schwierigkeiten zu überwinden. Das meiste Siedlungslend mußte dem Adel in langen Verhandlungen abgerungen werden, zumal die Bauernschutzgesetzgebung nicht dazu angetan war, den Großgrundbesitz für Friedrichs Siedlungspläne zu begeistern. Aus diesem Grunde war es auch in Schlesien nur selten möglich, volle Bauernstellen mit 30 Morgen Land zu schaffen, wie das zumeist in der Neumark und in Ostpreußen geschah. Nur die durch Eindeichung an der Bartsch im Amte Hennsstadt aus Bruchgebiet gewonnenen Geländeflächen konnten als Holländereien mit 50 und 100 Morgen angelegt werden. Bei den ersten Kolonienanlagen im staatlichen Oppelner Waldgebiet versuchte man es mit Stellen von 24 Morgen Größe.^{*)} Aber schon im Jahre darauf ging man auf 18 Morgen zurück, da hier vor allem dem Arbeitermangel in dem außerordentlich und äußerst dünn besiedelten Waldgebiet abgeholfen werden mußte. Auf dem Gelände des Großgrundbesitzes des Adels war aber die Errichtung von selbständigen Bauernstellen vollständig unmöglich. Die zur Blüte gelangende Weberei gestattete dagegen im Gebirge die Anlage einer größeren Anzahl von Häuserstellen, welche dem Adel nicht viel Land kosteten und doch ansehnliche Grundzinsen einbrachten.

Mit äußerster Anstrengung folgte Friedrich der Große gleich nach seinem Regierungsantritt das Siedlungsprogramm an. Er gründete so-

^{*)} Vgl. hierzu die Dissertation von Gotthard Arndt, Grundsätze und Siedlungsmethode Friedrichs des Großen.



Kolonienhaus in Friedrichsberg, Kreis Namslau



Kolonienhaus in Sophiental, Kreis Namslau. Sophiental wurde mit drei anderen, je 20 Stellen großen Kolonien auf bischöflichem Gelände errichtet. Der Abstand der Häuser von der 8 Meter breiten Straße beträgt 16 m und der Abstand von Haus zu Haus 40 m.

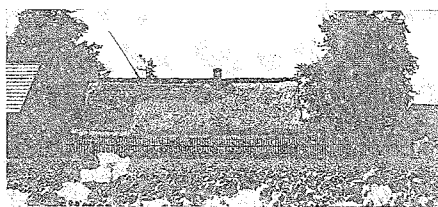


Ansicht der Kolonie Sophiental, Kreis Namslau

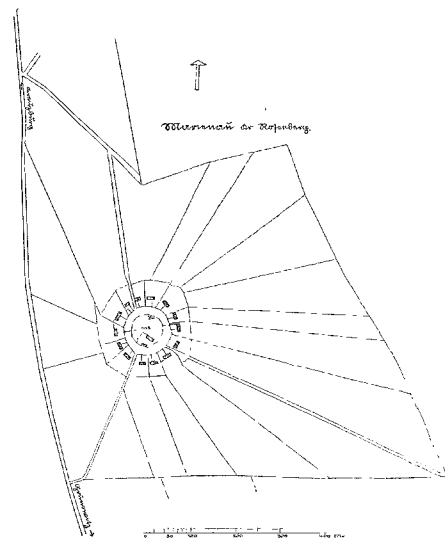
Ländliche Siedlungen Friedrichs des Großen in Schlesien

fort ein neues Departement für Post-, Kommerz- und Manufakturwesen, also eine Art Wirtschaftsministerium, dessen Leitung er 1749 selbst in die Hand nahm und welchem die Siedlungsangelegenheiten angeschlossen wurden. In Schlesien unterstellte der König die Kolonieangelegenheiten den Kriegs- und Domänenkammern in Breslau und Glogau. Die Breslauer Kammer hatte hierbei die Hauptarbeit zu leisten, da die hauptsächlichsten Siedlungsgebiete, Oberschlesien und die Gebirgskreise, zu ihr gehörten. Die private Kolonisation ging von der Domänenkammer über die Landräte, während die auf Domänenland errichteten Siedlungen von den Forstmeistern und Förstern weiterbearbeitet wurden. Das Arbeitsgebiet der Landräte erfuhr durch das Siedlungswesen eine nicht unbeträchtliche Erweiterung, zumal ihnen die Kammer und nicht zuletzt auch der König scharf auf die Finger sahen. Abgesehen von dem Druck der Regierung, den Adel zur Anlage von Kolonien zu bewegen, mußten öfter als ihm lieb war, Nachweisungen aufgestellt werden. Einmal war es eine „Designation“ über die seit 1743 urbar gemachten Geländeflächen, ein andermal die jährlich erforderliche Nachweisung der neu errichteten Gärtner- und Häuserstellen. Waren Kolonien im Bau, so mußte jeden Monat der Stand der Bauten nachgewiesen werden. Oft mußte sich da der Landrat selbst auf den Weg machen, wenn ihm, wie aus dem Kreise Namslau berichtet wird, die Nachrichten des Kreisdragoners nicht zuverlässig genug erschienen. Bei den nicht zu vermeidenden Streitigkeiten zwischen den Kolonisten und der Gutsherrschaft gab es stundenlange Verhöre und umfangreiche Niederschriften. Trotz aller Widerstände gelang es dem König in zäher Kleinarbeit aber, sein Siedlungswerk bis zu seinem Tode durchzuführen. Wenn er bei seinem Tode einen Staat mit $5\frac{1}{2}$ Millionen Einwohnern, also über das Doppelte von dem, was er übernommen hatte, hinterließ, so kann man wohl von einem vollen Erfolg sprechen. Auch für Schlesien trifft das zu, besonders wenn man bedenkt, daß hier die Vorbedingungen zur Kolonisierung äußerst ungünstig waren und daß Schlesien für lange Jahre noch umstrittener Boden war.

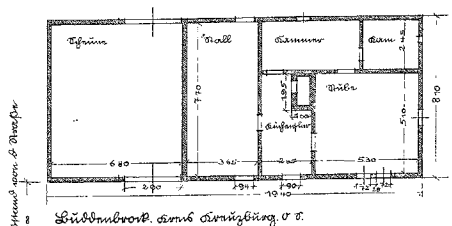
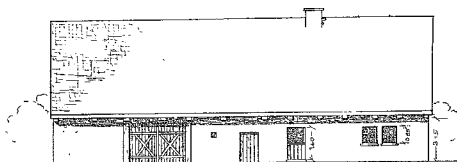
Der Druck der Regierung zum Ansetzen von Kolonisten erstreckte sich nicht nur auf den Adel, sondern auch auf die Städte, welche zu jener Zeit noch oft recht ansehnlichen Grundbesitz an Waldungen und Gütern hatten. Bereits im Januar 1756 erging eine Rundfrage an sämtliche Stellerräte wegen „schicklicher Plätze zum Ansetzen von Kolonisten“, wozu auch „die Magisträte zu animieren seien“. Das Ergebnis war damals noch recht mager. Nur die Stadt Habelschwerdt



Kolonistenhaus in Marienau, Kreis Rosenberg OS. Hier gibt es noch heute Ziehbrunnen

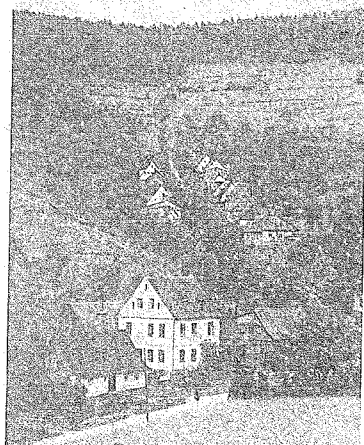


Kolonie Marienau, Kreis Rosenberg OS. Im inneren Kreis liegen die Kreisherrerei und der Ziehbrunnen. Die Kolonie wurde im Jahre 1790 von Groß-Lassowitz aus mit 15 Stellen angelegt

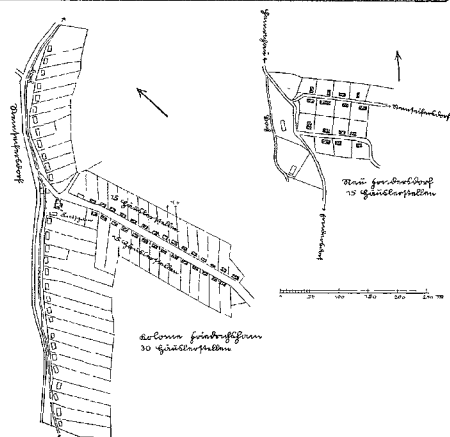


Kolonie Buddenbrock, Kreis Kreuzburg OS., die mit Hussiten aus Neu-Podiebrad bei Strehlen besetzt wurde

hatte an der Erlitz die Kolonie Friedrichsgrund mit 15 Stellen angelegt. Die meisten Städte entschuldigten sich damit, daß sie ihre Ländereien als Viehweiden brauchten. Außerdem hatten viele Städte noch in ihren Mauern eine größere Anzahl verwüsteter Stellen, deren Wiederaufbau ihnen näher lag als die Anlage neuer Siedlungen, wie z. B. in Kreuzburg. Der Stellerrat von Neisse hatte die vernünftige Idee, in jedem Jahre vier Häuser- oder Gärtnerstellen zu errichten. Es verblieb aber bei der Idee. Im August 1773 erging eine neue Rundverfügung an die Stellerräte, da bei verschiedenen Städten brachliegende Ländereien festgestellt wurden. Erst die Deklaration vom 28. August 1773, die für jede mit 8 Morgen Land ausgestattete Stelle 150 Taler Zuschuß zusicherte, ließ den Koloniebau der Städte etwas in Gang kommen, wenn auch in recht bescheidenem Umfang. Merkwürdigerweise waren es meist kleinere Städte, die sich an dem Siedlungswerk beteiligten, so z. B. Guhrau mit 30 Stellen, die sich auf die drei Ortschaften Ober-, Mittel- und Nieder-Friedrichswaldau verteilten. Die Stadt Sprottau legte Sprottischwalde mit 16 Stellen und Glogau



Kolonie Friedrichshain bei Steinseifersdorf im Eulengebirge. Die Häuser liegen dicht gedrängt an dem steil ansteigenden Bergweg



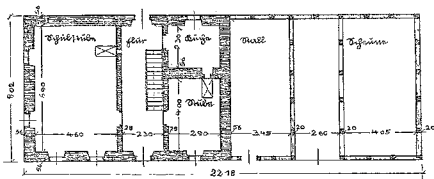
Die Kolonie Friedrichshain und Neu-Friedersdorf im Eulengebirge. Die alte Kolonie Friedrichshain wurde mit 30 Häuserstellen von Steinseifersdorf aus nach 1780 gegründet. Die Häuser liegen dicht gedrängt am steil ansteigenden Berg. Am Talaustritt, nahe der Hauptstraße, ist der Kretscham. — Die Kolonie Neu-Friedersdorf liegt an einem nach Westen zu allmählich abfallendem Berghang. Die 15 Häuserstellen wurden im Jahre 1786 von Wüstewaltersdorf aus errichtet

das Dorf Ologischdorf für 15 Kolonisten und einen Kretschmer an. Die Stadt Liegnitz brachte es sogar zu zwei Dörfern, darunter Neurode. In Oberschlesien erbaute die Stadt Gleiwitz im Tostener Kreise zwei Kolonien mit zusammen 18 Stellen, Martinau und Zedlitz. Da der Bau gerade in die Zeit des bayrischen Erbfolgekrieges fiel, kamen die Gleiwitzer mit ihren Bauten nicht so recht vorwärts. Bei der Revision im Jahre 1778 stand nur das Holzwerk von vier Häusern. Der Unternehmer entschuldigte sich damit, daß er in den „Kriegs-Troublen“ keine inländischen Handwerker bekommen könne und das Einstellen von Ausländern verboten sei. Auch das kleine Rosenberg baute 1776 eine Kolonie von 12 Stellen mit Namen Rosenhayn.

Im Glatzer Kreise entfaltete Kriegsrat Schröder eine lebhaftige Tätigkeit, wenn er auch nicht immer eine glückliche Hand dabei hatte. Für Landeck hatte er z. B. 13 Häuserstellen vorgesehen. Der Magistrat hatte sich aber nur erbolen, sechs Stellen zu bauen. Die Kosten für ein Haus stellten sich auf 194 Taler, eine verhältnismäßig hohe Summe. Der Magistrat mußte dabei noch 86 Taler je Haus zuschießen. Die Stadt Landeck hatte bereits für die sechs Häuser einen Zuschuß von 570 Talern eingestrichen, als Kriegsrat Schröder, um die Zuschüsse zu erhöhen, die Umwandlung der Häuserstellen in 8-Morgen-Stellen beantragte. Zum Bau solcher Stellen fehlte es aber dem Magistrat an Gelände. Es kam zu einer Bechtigung, wobei sich ergab, daß der Schrödersche Plan undurchführbar sei. Das ganze Bauvorhaben wurde seitens der Kammer eingestellt und die 570 Taler Zuschuß mußten wieder zurückgezahlt werden. Es hatte sich außerdem innerhalb von dreiviertel Jahren ein schwerer Band Akten angesammelt, ohne daß ein Ergebnis erzielt war.

Direkt katastrophal gestaltete sich jedoch der Bau der drei von der Kammerei Reinerz errichteten Kolonien Reinerzkron, Hummelwitz und Ratschenhof, deren geistiger Vater ebenfalls Kriegsrat Schröder in Glatz war. Anfang 1776 reichte er den Plan ein, nach welchem das der Kammerei Reinerz gehörige Hummelvorwerk und der Ratschenberg mit 534 Morgen Land aufgeteilt werden sollte. Es waren 66 Kolonisten und ein Schulhalter zur Ansiedlung vorgesehen, so daß jeder etwa 8 Morgen Land erhalten hätte. Nach den beigelegten Anschlägen war der Bau mit 19 247 Talern, eine Stelle also zu dem ziemlich hohen

Satze von 285 Talern berechnel. Nach Abzug der königlichen Bonifikation und der zu stellenden Materialien und Fuhrten kam der Kriegsrat für die Stadt noch auf etwa 4300 Taler Kosten. Dafür glaubte er die Kammerei Reinerz in den Genuß einer jährlichen Einnahme von 756 Talern und einen Wertzuwachs von 12 522 Talern setzen zu können. Den Kolonisten wollte er jährlich 10 Taler Grundzins aufbrücken sowie 100 Taler Kaulgeld, von denen sofort 20 Taler anzuzahlen waren, während der Rest in Jahresraten von 10 Talern abgetragen werden sollte. Um die Reinerzer Waldungen nicht zu sehr anzugreifen, wurde vorgeschlagen, die Häuser massiv zu erbauen. Da die Kammer zu dem Optimismus des Kriegsrats nicht das rechte Vertrauen hatte, behielt der Landrat von Pritzwitz die Oberaufsicht, damit „der Schröder nicht durch seinen Eigensinn die ganze Sache brouilliere“. Der Bau wurde 1776 in der Hauptsache durchgeführt. Eine Revision des Baudirektors Schulz führte dazu, daß man auf die weitere Mitarbeit des Kriegsrats Schröder verzichtete. Der Baudirektor fand die Lage der Bauten in vielen Punkten widersinnig. Die Häuser waren vielfach mit ihrer Rückseite nahe an den Berghang herangesetzt worden. Zwischen Haus und Steilhang war oft nur ein zwei Meter breiter Zugang zum Stall gelassen, der im Winter bei dem starken Schneefall unzugänglich wurde. Den Dachverband fand der Baudirektor ebenfalls höchst widersinnig. Der Zimmermeister hatte ihn auf ausdrückliche Anordnung des Kriegsrates so ausgeführt. Daraufhin hat der Landrat sofort die 16 am schlechtesten gelegenen Stellen ausgeschaltet, so daß nur 51 Stellen zur Ausführung kamen. Die Baukosten stellte der Baudirektor auf 15 793 Taler fest. Der Bauzuschuß des Staates betrug 7650 Taler, mithin fehlten dem Magistrat noch 8143 Taler. Da die Finanzlage der Stadt Reinerz sowieso nicht rosig war, mußten von der Brieger Arbeitshauskasse 8000 Taler zu 4 vH Verzinsung aufgenommen werden. Im August 1776 war der Bauzuschuß bereits verbraucht und die Bresleuer Kammer mußte mit einer Anweisung von 1000 Talern einspringen. Im September 1777 waren 43 Häuser mit Leinwandweben besetzt. Man versuchte im Hinblick auf die teure massive Bauweise noch 1000 Taler von der Kammer herauszuschlagen, aber vergeblich. Die Katastrophe brachte aber erst der bayrische Erbfolgekrieg. Am 4. Juli 1778 war auf dem Ratschenberge



ein preußisches Verlager, wohl von kurzer Dauer, aber von um so vernichtender Wirkung. Hierüber berichtet der Baupinspektor Büttner: „Die Dörfer gleichen mehr einer Wüstenei“. Den Häusern fehlten nach dem Abzug der Armee zumeist die Türen, Fenster, Fußböden und Oefen; selbst Schindeln und Sparren waren abgerissen. Die Wiederherstellungsarbeiten veranlagte der Baupinspektor mit 3570 Talern. Die Kammer mußte für die allernotwendigsten Arbeiten sofort 800 Taler bewilligen. Außerdem waren die Mauern, namentlich die am Bergabhang gelegenen, naß und rissig. Dabei war der Mörtel äußerst schlecht und die Ziegeln ungleichmäßig gebrannt. Verschiedene Mauern waren bereits eingestürzt. Hierzu kam noch die ungenügende Gründung. Es waren also alle Mängel vorhanden, die ein Bauwerk heben kann. Außerdem waren die Felder zerstört und auch noch im nächsten Jahre nicht bebaubar. Die Kolonisten lubten zumeist verstreut, und noch im Jahr 1780 waren von den 51 Kolonisten nur 35 auf ihrer Scholle. Reinerzkrone, das wohl am wenigsten gelitten hatte, war dagegen noch voll besetzt, während von den 25 Reischendorf-Kolonisten nur noch 13 da waren. Bis zum August 1780 konnte man die notwendigen baulichen Schäden beheben. Die Kammer mußte etwa 3000 Taler erneut in die Kolonien stecken. Dazu kamen die Verluste des Magistrats. Der vom Kriegsrat Schröder errechnete Gewinn war ausgeblieben. Die Kolonisten waren zumeist als arme Teufel aus Böhmen gekommen, die ebensowenig ein Angelb von 20 Talern bezahlen konnten, als jährlich 10 Taler Grundzinsen erlegen. (Die Siedler der königlichen Kolonien zahlten 3 Taler Grundzins.) Die Reinerzer Kolonisten waren mit 726 Talern beim Magistrat im Rückstand. Dieser schuldete wiederum 1009 Taler. Die Zinsverpflichtungen der Kämmerlei an die Brieger Arbeitskauske mußten niedergeschlagen werden, da keine Möglichkeit für ihre Einführung bestand. Die

Grundzinsen für die Kolonisten mußten von 8 auf 5 Taler herabgesetzt werden. Im Juni 1781 nahm der Reinerzer Magistrat erneut ein Darlehen von der Brieger Arbeitshauskasse zu 3 vH, um die 5 und 4 vH Anteile abzustufen. Die Schwierigkeit für die Besetzung der 1781 noch leerstehenden 14 Stellen lag in der Verfügung, daß keine Böhmen mehr an der Grenze angesetzt werden sollten, sondern nur Leute vom plattten Lande, während die Böhmen im Innern Schlesiens und an der polnischen Grenze unterzubringen seien. Es setzte in den schwierigen Zeiten nun noch eine Massenflucht von Kolonisten über die nahe böhmische Grenze ein, die bis 1787 andauerte. Ein weiteres Hindernis für das Gedeihen dieser drei Reinerzer Kolonien war der Wassermangel. Erst 1786 kam die Wasserversorgung zur Ausführung, wobei Kriegsrat Schröder auf die vernünftige Idee kam, zu den Brunnenwandungen die bei der Ausschachtung gewonnenen Bruchsteine zu verwenden und die Fugen mit Moos auszustopfen. Die Kosten verminderten sich dadurch von 275 auf 162 Taler.

Die etwas aussergewöhnlich geschilderte Baugeschichte dieser Kolonien ist ein Beispiel für die unendlichen Schwierigkeiten, die bei dem Siedlungsbau jener Zeit zu überwinden waren, namentlich wenn der Bau, wie in Schlesien, überall mit unzulänglichen Mitteln durchgeführt werden mußte.

Die schlesische Hauptstadt Breslau hat sich im Vergleich zu den kleineren Städten um das Koloniewesen recht wenig Verdienste erworben. Auf Grund eines königlichen Befehls vom 5. Oktober 1764 zur Ansiedlung von Kolonisten auf eingezogenem Bauernland oder auf sonstigen Ländereien der Kämmererei- oder Hospitalgüter wurde wohl über Ansetzung von Kolonisten in den Vororten Schwoitsch und Kawallen verhandelt. Man hatte aber damit genug geleiſtet. Lediglich ein Vorwerk in Peistewitz wurde gebaut.

Von Dr. Johannes Hartig, Leipzig

Nicht selten wird der Maurer von der sogenannten Maurer- und Zementkrätze befallen, ohne daß er allerdings deshalb seine Arbeit aufzugeben braucht. Nach der Statistik erkranken im Verlauf eines Jahres regelmäßig etwa 35 vH aller arbeitenden Maurer. Die Sterblichkeit des Maurers liegt unter dem Durchschnitt für gewerbliche Arbeiter. Als Todesursache kommen bei Maurern, der Häufigkeit nach, gewissermaßen folgende Krankheiten in Betracht: Lungenleiden, Herzleiden, Darmkrankheiten, Blasenleiden, Nervenkrankheiten, Unfälle und Nierenleiden. Verletzungen kommen bei Maurern verhältnismäßig häufig vor. Die Zahl der Unfälle ist bei nicht geübten Lehrlingen wesentlich höher als bei geübten Maurern. Die Prozentzahlen sind bei Lehrlingen 6,0, bei erwachsenen Maurern 3,8. Die Erfahrung im Beruf gewährt also

dem Maurer einen gewissen Schutz gegen Unfallgefahren. Auffallend ist auch die Tatsache, daß die Unfallziffer für unregelmäßig im Baugewerbe Beschäftigte höher ist als für solche Maurer, die regelmäßig ihrem Beruf nachgehen. Durch Belehrung vor Ausübung der Tätigkeit könnte im Mauergewerbe auch mancher Unfall vermieden werden. Diese Pflicht liegt besonders denjenigen Meistern ob, die Lehrlinge ausbilden.

Unter den Krankheiten, von denen der Maurer heimgesucht wird, herrschen naturgemäß die rheumatischen vor. Sie sind zu erklären durch Witterungseinflüsse sowie die Beschäftigung mit Feuchtigkeit. Besonders hoch wird die Zahl der Krankheitsfälle mit zunehmendem Alter. Es ist sehr unvoreilhaft, wenn sich der Maurer in der Arbeits-

pause auf eine neuaufgeführte, feuchte Mauer setzt. Auch Ischias plagt den Maurer nicht selten.

Bei der Arbeit kann sich zwar der Maurer gegen Wind und Wetter nicht schützen, wohl aber vermag er dies in den Ruhepausen. Es ist nur zu bedauerlich, daß von der Arbeit erschöpfte Maurer häufig aus Bequemlichkeit in der Arbeitspause nicht erst die trockene und wärmende Baubude aufsuchen, sondern in der Nähe der Arbeitsplätze bleiben.

Recht häufig werden Maurer von Erkrankungen der Atmungsorgane befallen. Die Gruppe dieser Erkrankungen steht auch unter den Todesursachen an erster Stelle. Zweifelsohne bringt der Beruf des Maurers günstige Voraussetzungen für Erkrankungen der Lunge mit sich. Schuld daran tragen Einflüsse der Witterung sowie der Staub, den der Maurer einatmet muß. Staub entwickelt sich sowohl bei Abrucharbeiten als auch beim Anfahren von Baumaterialien und bei der Verarbeitung derselben. Der Staub gelangt in die allerletzten Luftröhrenverzweigungen und führt zu chronischen Entzündungserscheinungen. Sehr wertvoll erscheint uns in diesem Zusammenhang der Vorschlag, bei Abbruch alter Gebäude die Staubeentwicklung durch ausgiebige vorherige Besprengung einzuschränken.

Andere hartnäckige Gewerbekrankheiten sind Hautleiden an den Händen. Die Hand des Maurers wird zunächst schweißig und rissig. Schließlich entwickeln sich Ekzeme, die an Krätze erinnern. Ihr Lieblingssitz sind die Stellen zwischen den Fingern und den Gelenken. Es besteht bei Vernachlässigung derselben die Gefahr, daß dieser Zustand chronisch wird. Empfehlenswert sind zur Behandlung Umschläge mit essigsaurer Tonerde, Bleiwaser, Kúhlselbe und Teepesle, Ithlyol sowie Teerbáder. Weiterhin sind erweichende Báder mit Kleie, Kamille und Schwefel zu empfehlen. Seifenwasser verspricht dagegen kaum einen nennenswerten Erfolg, unter Umständen wird das Uebel sogar beträchtlich verschlimmert. Verhüten ist leichter als heilen. Sauberkeit ist allererstes Gebot. Vor der Arbeit sind die Hände mit milder Seife einzureiben. In die Augen gedungen, führen Gips und Kalk zu mehr oder minder nachhálligen Trúbungen. Zusammenfassend können wir behaupten, daß sich die Mehrzahl der beruflichen Schádigungen im Maurergewerbe durch entsprechende Vorsicht vermeiden lassen. Darüber hinaus ist es Aufgabe der Organe der Berufsberatung, nur solchen Menschen die Áusbübung des Maurerhandwerks zu empfehlen, die dank ihrer körperlichen Verhältnisse keine besonderen Gefahren zu befürchten haben.

Die Steuervergünstigungen für Wohnungsneubauten nach der Neuregelung

Von Dr. jur. et rer. pol. K. Wuth, Sachverständigen in Steuerfragen, Berlin W 9

Die Steuervergünstigungen für Wohnungsneubauten haben im Laufe der Jahre wiederholt grundsätzliche Änderungen, insbesondere in den Jahren 1931 und 1933 erfahren, so daß zwischen drei Arten des Neuhausbesitzes unterschieden wird. Nachdem durch das Reichsgesetz vom 2. April 1936 (Reichsgesetzbl. I S. 344) eine Änderung der Befreiungsvorschriften für den sog. älteren und neuesten Neuhausbesitz eingeführt ist, erscheint es am Platze, eine kurze Übersicht über die nunmehr geltende Regelung zu geben.

Älterer Neuhausbesitz

Unter dem älteren Neuhausbesitz werden die Wohngebäude zusammengefaßt, die in der Zeit vom 1. April 1918 bis zum 31. März 1931 bezugsfertig geworden sind. Steuerliche Erleichterungen bestehen hier nur bezüglich der Grundsteuer des Landes und der Gemeinden (Gemeindeverbände). Sie richten sich grundsätzlich nach Landesrecht; doch hat das Reich durch die Anpassungsverordnung vom 23. Dezember 1931 (I. Teil Kap. VI Reichsgesetzbl. I S. 781) für die Befreiung von der Gemeindegrundsteuer gewisse Bestimmungen getroffen.

Der ältere Neuhausbesitz ist in Preußen von der Landesgrundsteuer (staatlichen Grundvermögensteuer nebst staatlichem Zuschlag) befreit (Grundverm.St.G. § 15 Abs. 1; Vo. vom 21. 3. 31 Ges.-Sammlg. S. 29; Erlaß d. MdL und d. Fin.Min. vom 27. 10. 33 IV St. 959 u. K. V. 2 gen. 430 II). Die Steuerfreiheit besteht für die Dauer von acht Jahren nach Ablauf des Rechnungsjahres der Fertigstellung des Neubaus in vollem Umfange, für das neunte und zehnte Jahr zur Hälfte der Steuern. Nach der nunmehr geltenden Regelung sind jedoch, nachdem die volle Steuerbefreiung bereits früher durch Landesrecht ausgedehnt war, nach dem Reichsgesetz vom 2. April 1936 die Steuerbefreiungen in vollem Umfange allgemein bis zum 31. März 1937 verlängert. Die in den Rechnungsjahren 1924 bis 1928 bezugsfertig gewordenen Wohnungsneubauten sind in vollem Umfange bis zum 31. März 1937 von der staatlichen Grundvermögensteuer nebst staatlichem Zuschlag befreit.

Für die Gemeindegrundsteuer ist, was entsprechend für die Gemeindezuschläge zur Grundvermögensteuer in Preußen gilt, mit Wirkung vom 1. April 1936 bestimmt, daß der ältere Neuhausbesitz wie Altbauwerke zur Gemeindegrundsteuer heranzuziehen sind. Jedoch darf der Steuersatz der Gemeindegrundsteuer im Rechnungsjahr 1936 hierfür den am 31. März 1935 geltenden Steuersatz um nicht mehr als den Landesdurchschnitt der Grundsteuersätze der Gemeinden (Gemeindeverbände) übersteigen. Als Landesdurchschnitt gilt der auf Grund des Bürgersteuergesetzes vom 16. Oktober 1934 (§ 4 Abs. 2) festgestellte Steuersatz (in Preußen 20 vH); er ist von der Landesregierung festzusetzen und bekannt zu machen. Die Vorschriften der Verordnung vom 23. Dezember 1931

über die Höhe der Gemeindegrundsteuer sind entsprechend mit Wirkung seit dem 1. April 1936 außer Kraft getreten.

Die allgemeine Erhebung der Gemeindegrundsteuer von dem älteren Neuhausbesitz vom 1. April 1936 an soll nicht zu Mietssteigerungen oder zu Kündigungen Anlaß geben. Um dies zu verhindern und unbillige Härten im Einzelfall in der Übergangszeit nach Möglichkeit zu vermeiden, hat der Reichsfinanzminister in einem Rundschreiben vom 2. April 1936 (S. 1921 — 223 II) folgende Erleichterungen für das Rechnungsjahr 1936 angeordnet:

1. Mit öffentlichen Mitteln finanzierte Wohnungsneubauten.

In erster Linie soll der Zinssatz des Hauszinssteuer- (Gebäudeentlastungssteuer-) darlehens vom 1. April 1936 ab im Rahmen der landesrechtlichen Vorschriften unter Berücksichtigung der Mehrbelastung bemessen werden, die sich für das Grundstück aus dem Fortfall der bisherigen Befreiung von der Gemeindegrundsteuer oder aus anderen Maßnahmen (z. B. der nunmehrigen Tilgung des Wohnungsbaudarlehens, einer Erhöhung gemeindlicher Gebühren) ergibt. Wenn trotz Neubemessung des Zinssatzes die Belastung mit der Gemeindegrundsteuer im einzelnen Fall nicht fragbar ist, kann auf Antrag des Grundstückseigentümers nach Prüfung der Rentabilität des Grundstücks ein entsprechender Teil der Zinsen für das Hauszinssteuerdarlehen über die landesrechtlichen Vorschriften hinaus, insbesondere trotz Erhebung der Gemeindegrundsteuer erlassen werden. Bleibt die Gemeindegrundsteuer auch dann noch im Rahmen der bisherigen Miete nicht fragbar, so wird sie auf Antrag des Grundstückseigentümers nach Prüfung der Rentabilität des Grundstücks in dem erforderlichen Umfange erlassen.

2. Freifinanzierte Wohnungsneubauten.

Bei den Wohnungsneubauten, die ohne Hauszinssteuerdarlehen errichtet sind, kann der Grundstückseigentümer, falls die Gemeindegrundsteuer im Rahmen der bisherigen Miete nicht fragbar ist, beantragen, ihm — nach Prüfung der Rentabilität des Grundstücks — Erlaß der Steuer in dem erforderlichen Umfange zu gewähren.

3. Eigenwohnungen.

Für die vom Eigentümer selbstgenutzten Wohnungen gelten die unter 1 und 2 genannten Maßnahmen entsprechend. Bei der Prüfung der Rentabilität des Grundstücks ist statt von der bisherigen Miete von dem bisherigen Mietwert auszugehen. Der Hauseigentümer kann in jedem Falle verlangen, daß bei der Bemessung der Zinsen für ein Hauszinssteuerdarlehen der Mehrbelastung Rechnung getragen wird. Dagegen tritt darüber hinaus ein Erlaß von Zinsen oder von Gemeindegrundsteuer nur ein, wenn die Erhöhung der

Belastung dem Eigentümer nach seinen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht zugemutet werden kann.

Die besonderen Erleichterungen für die nach dem Reichsvorsorgengesetz versorgungsberechtigten Personen, für Offiziere, Beamte und ihre Witwen, die eine Kapitalabfindung nach dem Kapitalabfindungsgesetz für Offiziere erhalten haben, gelten unter den bisherigen Voraussetzungen die entsprechenden Erleichterungen auch für die Gemeindegrundsteuer (vgl. RFM.-Erlaß vom 23. 3. 35 L 1030 — 140 III).

Mittlerer Neuhausbesitz

Der mittlere Neuhausbesitz umfaßt die Wohngebäude, die in der Zeit vom 1. April 1931 bis grundsätzlich zum 31. März 1934 bezugsfertig geworden sind. Auch rechnen die Wohngebäude noch hierher, die bis zum 31. Dezember 1933 im Rohbau vollendet und bis zum 31. Mai 1934 bezugsfertig geworden sind (vgl. Realsteuereinkommensgesetz vom 1. Dezember 1930 § 14 Reichsgesetzblatt I, S. 583; Gesetz betr. die Steuerbefreiung neuerrichteter Wohngebäude vom 15. 7. 33 Reichsgesetzblatt I, S. 493; Durchf. Best. vom 20. 12. 30 Reichsgesetzblatt I, S. 656).

Der mittlere Neuhausbesitz ist von der Landes- und Gemeindegrundsteuer vom Beginn des Rechnungsjahres (1. 4.) befreit, in dem das Wohngebäude bezugsfertig geworden ist, — frühestens aber vom Beginn des Monats, in dem das Eigentum an dem Bauplatz erworben ist, — bis zum 31. 3. 1939. Für Preußen sind für die Befreiung des mittleren Neuhausbesitzes von der Grundvermögenssteuer nähere Bestimmungen in einem Erlaß des Finanzministers vom 21. 7. 31 (K. V. 2 gen. 216) ergangen. Die Steuerbefreiung gilt neben der Staatssteuer (staatlichen Grundvermögenssteuer nebst staatlichem Zuschlag) auch für die Gemeindegrundsteuer (Gemeindezuschläge zur Grundvermögenssteuer).

Der mittlere Neuhausbesitz ist außerdem von der Einkommen- und Körperschaftsteuer bis zum 31. Dezember 1938, von der Vermögenssteuer und Aufbringungsumlage bis zum

31. März 1939 befreit (vgl. auch Erlaß des Reichsfinanzministers vom 30. Oktober 1933 S. 1900 II 1 A — 250 II).

Neuester Neuhausbesitz

Als neuester Neuhausbesitz sind nunmehr Kleinwohnungen befreit, die in der Zeit nach dem 31. Mai 1934 bis zum 31. März 1937 (bisher 31. März 1936) bezugsfertig geworden sind bzw. werden. Kleinwohnungen, die bis zum 31. Dezember 1936 im Rohbau vollendet und bis zum 31. Mai 1937 bezugsfertig werden, gelten als noch im Rechnungsjahr 1936 bezugsfertig geworden. Eine weitere Fristverlängerung für das Bezugsfertigwerden kommt nach der amtlichen Begründung zu dem neuen Gesetz nicht in Betracht.

Die Steuerbefreiungen gelten weiter für Eigenheime, die in der Zeit nach dem 31. Mai 1934 bis zum 31. März 1939 bezugsfertig geworden sind bzw. werden.

Auch für Kleinwohnungen und Eigenheime, die in der Zeit vom 1. April bis 31. Mai 1934 bezugsfertig geworden sind, werden die Steuerbefreiungen des neuesten Neuhausbesitzes gewährt, sofern der Rohbau nach dem 31. Dezember 1933 vollendet ist. Schließlich finden die Steuerbefreiungen auf Antrag auf Eigenheime Anwendung, die in der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. März 1934 oder, falls der Rohbau bereits am 31. Dezember 1933 vollendet war, bis zum 31. Mai 1934 bezugsfertig geworden sind (vgl. Gesetz vom 21. 9. 1933 Reichsgesetzblatt I S. 651 in der Fassung des Gesetzes vom 2. April 1936 Reichsgesetzblatt I S. 344; Durchf. Vo. vom 26. 10. 1933 Reichsgesetzblatt I, S. 773; RFM.-Erlaß vom 30. 10. 1933 Reichssteuerblatt S. 1126).

Der neueste Neuhausbesitz ist von der Landesgrundsteuer (in Preußen staatlichen Grundvermögenssteuer nebst staatlichem Zuschlag) in vollem Umfange, von der Gemeindegrundsteuer zur Hälfte, und zwar sind Kleinwohnungen bis zum 31. März 1939, Eigenheime bis zum 31. März 1944 befreit. Außerdem besteht Befreiung von der Einkommensteuer bei Kleinwohnungen bis Ende 1938, bei Eigenheimen bis Ende 1943. Befreiung von der Vermögenssteuer ist für Kleinwohnungen bis zum 31. März 1939, für Eigenheime bis zum 31. März 1944 gegeben.

Kurze Nachrichten aus dem Baugewerbe

Der Führer ehrt den Erbauer der Ordensburg Vogelsang und Crössinsee. Auf Vorschlag des Reichministers für Volksaufklärung und Propaganda hat der Führer und Reichskanzler den Architekten Clemens Klotz aus Köln, dem Erbauer der Ordensburg Vogelsang und Crössinsee, aus Anlaß seines 50. Geburtstages am 31. Mai 1936 den Professortitel verliehen.

Bauten des Dritten Reiches. In einer Sitzung der Nürnberger Ratsherren teilte Oberbürgermeister Liebel mit, daß an allen Bauten, die seit der Machtergreifung im Jahre 1933 von der nationalsozialistischen Stadtverwaltung geschaffen wurden, ebenso wie an denen, die noch geschaffen werden, eine entsprechende Inschrifttafel mit dem Königsplakatler angebracht werden soll. — Gelegentlich eines Berichts über geplante neue Schulhausbauten in einigen Nürnberger Vororten wurde angekündigt, daß hierbei andere Formen als bei bisherigen Schulbauten angewendet werden sollen. Der Stockwerkbau wird verlassen, und statt dessen werden Flachbauten ausgeführt, wobei das Hauptaugenmerk auf möglichst viel Licht und Luft und auf die Schaffung gedeckter Gänge für den Aufenthalt bei schlechtem Wetter gerichtet wird.

Richtig siedeln! Auch in diesem Frühjahr mehren sich, wie alljährlich, die Grundstücksangebote von Parzellierungsunternehmen, deren verlockende Schilderungen oft zu unbedachtem Kauf veranlassen. Um den Siedler vor Enttäuschungen und Geldverlusten und die Allgemeinheit vor verfehlten Siedlungen zu bewahren, darf nur in siedlungsreifem Gelände gesiedelt werden. Die schlimmen Erfahrungen, die in der Vergangenheit in dieser Hinsicht gemacht worden sind, haben die nationalsozialistische Regierung veranlaßt, das Wohnungsgesetz vom 22. September 1933 zu erlassen, das jeden Grundstücksübergang genehmigungspflichtig macht. Das Gesetz bestimmt, daß die Teilung eines Grundstücks, die Auflösung eines Grundstücks oder einer Grundstücksenteilung, sowie jede Vereinbarung, durch die einem

anderen ein Recht zur Nutzung oder Bebauung eines Grundstücks oder Grundstückssteiles eingeräumt wird, zu ihrer Wirksamkeit der Genehmigung des zuständigen Landrats bedarf. Die Genehmigung wird nur für siedlungsreifes Gelände erteilt. Ein Gelände ist dann siedlungsreif, wenn ein Aufteilungsplan vorliegt, den die Gemeinde genehmigt hat. Außerdem müssen die kommunalen Verhältnisse der neu entstehenden Kolonie (Straßenpflasterung usw.) durch vertragliche Vereinbarungen zwischen dem Siedlungsunternehmen und der Gemeinde geregelt sein. Solange diese beiden Voraussetzungen nicht erfüllt sind, darf nicht gesiedelt werden. Es kann deshalb den Kaufkustigen nur dringend geraten werden, sich vor Abschluß des Kaufes durch Nachfrage bei der Gemeinde Gewißheit darüber zu verschaffen, ob das Grundstück, das sie zu kaufen beabsichtigen, siedlungsreif ist oder nicht.

Keine Störung der Berufsschule durch Fachkurse. Verschiedene Einzelfälle haben den Reichs- und Preussischen Wirtschaftsminister veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß bei der Einrichtung von Fachkursen, Lehrgängen oder sonstigen besonderen Schulungsmaßnahmen durch die Handwerkskammern und Wirtschaftsorganisationen Vorsorge zu treffen ist, daß der Unterrichtsbetrieb in den Berufsschulen durch solche Veranstaltungen nicht gestört wird. Schon bei der Planung der Schulungsmaßnahmen soll mit der höheren Verwaltungsbehörde Führung genommen werden, um die Maßnahmen mit dem Berufsschulunterricht in Einklang zu bringen.

1,7 Millionen für die Frankfurter Altstadt-Sanierung. Das Reichsarbeitsministerium hat für die Durchführung der Frankfurter Altstadt-sanierung einen Betrag von 1,7 Millionen RM bewilligt. Diese Summe stellt jedoch erst einen Teilbetrag für die von der Frankfurter Stadtverwaltung geplanten Sanierungsmaßnahmen dar. Aus arbeitsmarktpolitischen Gründen soll den Arbeiten erst im Spätsommer begonnen werden.

Erlasse und Verordnungen

Eine neue Gebühren-Ordnung der Gartengestalter

3. Anordnung der Reichskammer der bildenden Künste über den Schutz des Berufes und die Berufsausübung der Gartengestalter vom 15. Mai 1936.

Auf Grund des § 25 der ersten Verordnung zur Durchführung des Reichsnotkammergesetzes vom 1. November 1933 hat der Präsident der Reichskammer der bildenden Künste, Hönig, eine neue Gebührenordnung der Gartengestalter erlassen, von der nachstehend die Gebührentafel, die Bauklassenzufteilung und die Bestimmungen über Teilleistungen im Wortlaut veröffentlicht:

Gebührentafel

Herstellungssumme in RM	Bauklassen				KL IV
	RM	KL I	KL II	KL III	
1.000,—	10	—	—	—	bis zu 20 Siedlerstellen je Stelle RM 15,— bis zu 70 Siedlerstellen je Stelle
2.000,—	16	12	10	—	RM 12,— bis zu 150 Siedlerstellen je Stelle
5.000,—	18	10	8	—	RM 10,— bis zu 300 Siedlerstellen je Stelle
10.000,—	14	8	5	—	RM 7,50, liegt die Siedlung am Wohnsitz des Gartengestalters, so ermäßigen sich die Sätze
20.000,—	12	6	3	1½	um 30 vH
40.000,—	10	5	2	1¼	um 30 vH
75.000,—	9	4	1½	1¼	um 30 vH
100.000,—	7	3	1¼	1¼	um 30 vH
200.000,—	5	2	1¼	1¼	um 30 vH
500.000,—	3	1½	1¼	1¼	um 30 vH
1.000.000,—	3	1¼	1¼	1¼	um 30 vH

(2) Die Gebührensätze sind in Hundertteilen der Herstellungssumme angegeben.

(3) Für die Zwischenstufen der Herstellungssumme sind die Gebührensätze rechnerisch zu ermitteln.

(4) Diese Gebührensätze enthalten nicht die Vergütung für die Bauführung (§ 15) und für die Leistungen des § 8 sowie die Erstattung der Auslagen (§ 21).

Bauklassenzufteilung

Es gehören zu Bauklasse I: Hausgärten in einfachster Ausführung bis zum Höchstbetrage von RM 1000,—, d. h. Gärten, bei denen eine einmalige Beschneidung und Anfertigung eines Ausführungsplanes mit allgemeinen Bepflanzungsangaben genügt.
zu Bauklasse II: Gärten- und Parkanlagen aller Art, Friedhöfe, öffentliche Grünanlagen, Festsaummündungen,
zu Bauklasse III: Landschaftsgestaltung, Spiel- und Sportplätze, Thingstätten, große Waldparkanlagen, Obstplantagen, Gemüse- gärten,
zu Bauklasse IV: Siedlungen.

Teilleistungen

Wird der Auftrag des Gartengestalters auf Teilleistungen beschränkt, so sind unter Berücksichtigung der §§ 7—10 folgende Teilleistungen der Gesamtgebühr zu berechnen:

1. Entwurfsarbeiten:

- a) Vorentwurf: d. h. skizzenhafte Lösung, gegebenenfalls mit schriftlicher Erläuterung und Kostenschätzung mit 15 vH
- b) Entwurf: d. h. Lösung der Aufgabe als Grundlage für die Ausführungsarbeiten mit 25 vH

2. Ausführungsarbeiten:

- c) Massen- und Kostenberechnung mit 10 vH
- d) Bepflanzungsunterlagen mit 15 vH
- e) Arbeit, Werk- und Einzelzeichnungen mit 15 vH
- f) Oberleitung: d. h. die Ausschreibung der Arbeiten und Lieferungen und deren Vergütung sowie die damit verbundenen Verhandlungen, die Vorbereitung der Verträge, die Oberleitung über die Ausführung sowie die Feststellung der Herstellungssumme mit 20 vH

Die neue Gebührenordnung der Gartengestalter ist mit ihrer Verkündung am 15. Mai 1936 in Kraft getreten.

Aufwertungssteuererlaß für Umbau von Läden zu Wohnräumen

Der Sächsische Finanzminister, 26. Mai 1936, Nr. 89d, Steuer D.

Um die Verwertung überschüssigen Ladenraums und gleichzeitig die Erstellung neuen Wohnraums zu fördern, bestimme ich folgendes:
Werden Läden zu Wohnräumen umgebaut, so finden die Vorschriften über Aufwertungssteuererlaß bei Teilung von Wohnungen nicht nur wie bisher in den Fällen, in denen durch den Umbau eine neue selbständige Wohnung geschaffen wird, sondern auch in solchen Fällen entsprechende Anwendung, in denen nur die Wohnfläche einer bereits vorhandenen Wohnung vermehrt wird. Die Sätze der anrechnungsfähigen Beiträge der Umbaukosten von 55 bzw. 110 vH gelten auch für diese Fälle.

Die Regelung gilt für Umbauten, mit denen nach dem 1. April 1936 begonnen worden ist bzw. wird und erstreckt sich auch auf Ladennebenräume, die gleichzeitig mit den Läden zu Wohnräumen umgebaut werden.
(Vbl. I v. 29. 5. 36, S. 223.)

Richtlinien für die Gewährung von Reichszuschüssen für Einsäuerungsbehälter.

Runderlaß des Reichs- und Preussischen Ministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 30. April 1936 — II A 3. 1344 — betr. Gewährung von Reichszuschüssen für Einsäuerungsbehälter (vgl. Verordnung des Reichs- und Preussischen Ministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 1. April 1936 betr. Aenderung der Richtlinien für die Gewährung von Reichszuschüssen für Einsäuerungsbehälter in Nr. 20 unserer Zeitung vom 14. Mai 1936, Seite 195):

„Es besteht die Besorgnis, daß landwirtschaftliche Betriebe, für die entsprechend ihrer Größe, ihrem Viehbestande usw. größere Behälterbauten als 12 cbm umbauten Gärraum in Frage kommen, zunächst erstmalig Behälter bis zu 12 cbm errichten, um in den Genuß des erhöhten Beihilfensatzes von 6 RM je cbm zu gelangen und erst späterhin für die Wirtschaft tatsächlich erforderlichen weiteren Behälterraum bauen, für den eldsand ein Zuschuß von nur 4 RM je cbm in Frage käme. Dies würde der Zweckbestimmung für die Beihilfe widersprechen, weil die Erhöhung des Beihilfensatzes von 4 auf 6 RM je cbm lediglich im Interesse der Kleinstbetriebe erfolgt ist, deren Bedarf an Behälterraum entsprechend der Größe und dem Viehbestande des Betriebes 12 cbm und weniger beträgt. Ich bitte deshalb, die Landesbauverwaltungen darauf aufmerksam zu machen, daß nur solchen Betrieben der erhöhte Satz von 6 RM zugesprochen werden darf, bei denen die erwähnten Voraussetzungen tatsächlich gegeben sind.“

Weiterhin ist beim Bau von mehreren Behältern der erhöhte Satz von 6 RM je cbm nicht für jeden Einzelbehälter anzuwenden, sondern der für den Betrieb erforderliche Gesamtlassungsraum der Anlage ist maßgebend. Bei der Prüfung der Frage, ob der erhöhte Satz gewährt werden kann, ist es daher ohne Belang, ob ein oder mehrere Behälter errichtet werden. Werden z. B. erstmalig zwei Behälter mit zusammen 10 cbm umbauten Gärraum errichtet, dann ist auf Antrag der erhöhte Satz von 6 RM zulässig. Werden dagegen mehrere Behälter mit zusammen 13 cbm gebaut, dann sind nur 4 RM Beihilfe je cbm zulässig, auch wenn es sich um einen erstmaligen Behälterbau handelt. Ist vor dem 1. 4. 1936 ein Behälterbau von 6 cbm Fassungsraum mit einem Reichszuschuß bereits bedacht worden, und werden nach diesem Zeitpunkt weitere 6 cbm Behälterraum gebaut, so kann für diese restlichen 6 cbm auf Antrag der erhöhte Satz von 6 RM bewilligt werden.“

Verwaltungsgebühren für Luftschutzzräume

Der Sächsische Minister des Innern, 18. Mai 1936, Nr. IIIa: 4b 51/1936. Zur Förderung des Luftschutzes sind von den staatlichen Baupolizeibehörden bis zum 31. Dezember 1937 keine Gebühren zu erheben:

- a) für die baupolizeiliche Genehmigung zur Errichtung von öffentlichen Sammelstutzräumen für die Zivilbevölkerung,
- b) desgleichen zur Errichtung von „Schutzräumen“ in öffentlichen Gebäuden, soweit sie nicht nach § 165 des Baugesetzes von der Genehmigungspflicht und damit überhaupt von der Gebührenpflicht befreit sind, und in privaten Gebäuden, wenn bei der Ausführung die Luftschutzausbearbeitungsstellen mitwirken.

Den Gemeinden wird eine gleiche Regelung empfohlen.

(Vbl. I v. 4. 6. 36, S. 225.)

Rechtswesen

Die Festsetzung von Strafen- und Baufluchtlinien, — Rechtsgrundsätze des Reichsgerichts. Zu der ablehnenden Bescheidung eines Baugesuchs ist die Gemeinde anerkanntermaßen befugt, wenn das Verfahren über die Festsetzung der Fluchtlinien noch nicht eingeleitet ist. Die Gemeinde (Baupolizeibehörde) handelt auch dann im öffentlichen Interesse, wenn sie nur im Hinblick auf eine für die Zukunft in Aussicht genommene Fluchtlinie zu deren Sicherung vorsorglich die Baugenehmigung versagt. Nur ist dann der Rechtsgrund der Versagung nicht im Fluchtliniengesetz zu finden, sondern in der allgemeinen der Polizei zustehenden Machbefugnis zur Wahrnehmung der öffentlichen Belange. Im Falle eines derartigen vorbeugenden Eingriffs der Polizeibehörde in das private Grundigentum ist der betroffene Eigentümer berechtigt, zwar nicht nach den Grundsätzen des Fluchtliniengesetzes, wohl aber nach den sonstigen allgemeinen Rechtsgrundsätzen Entschädigung zu verlangen, weil er durch die Versagung genötigt wird, seine besonderen Vorteile, die in der Bebauung des Grundstückes und in dessen Verkauf zum Zwecke der Bebauung liegen würden, „dem Wohle des gemeinen Wesens aufzuopfern“. Bei der Beurteilung des Klageanspruchs ist von diesen in der Rechtsprechung des Reichsgerichts anerkannten Grundsätzen auszugehen. (Reichsgericht VII 212/35 v. 4. 2. 36.)

Buchbesprechungen

Herabsetzung der Brennbarkeit des Holzes. Von Reg.-Rat Dr.-Ing. L. Metz, Berlin. Herausgegeben vom Fachverband für Holzschutz beim VDI und Deutschen Forstverein, Heft 13. 1936, 40 Seiten. Formal DIN A 5 (148x21 cm). 20 Abbildungen und 12 Zahlen-tafeln. VDI-Verlag, Berlin NW 7, Dorotheenstr. 40. Preis 2,— RM.

Auf Veranlassung des Fachausschusses für Holzfragen sind insgesamt 65 der im Handel befindlichen Feuerschutzmittel durch eingehende Versuche an vier verschiedenen Prüf- und Forschungsstellen auf ihre Wirksamkeit, Dauerhaftigkeit und Preiswürdigkeit geprüft worden. Die Prüfungen wurden außerdem an vier verschiedenen Holzarten vorgenommen. Die Untersuchungen haben gezeigt, daß die Ermittlung der Mindestaufnahme zur Herbeiführung eines guten Schutzes von größter Bedeutung ist und in Zukunft bei allen Mitteln angegeben werden sollte. Größere Beachtung als bisher mußte auch der Dauerhaftigkeit der Schutzbehandlung und der Kontrolle über die gleichbleibende Beschaffenheit, der Ungeschädlichkeit der Behandlung und der Verwendung nur inländischer Rohstoffe geschenkt werden. Für die Aufgaben des Luftschutzes verdienen die Ergebnisse der Untersuchungen besondere Beachtung.

Normblattverzeichnis, Ausgabe 1936. Herausgegeben vom Deutschen Normenausschuß, Berlin NW 7. Format DIN A 5 (14,8x21 cm),

304 Seiten. Zu beziehen vom Beuth-Verlag GmbH, Berlin SW 19, Dresdener Straße 97. Preis 3,75 RM, ausschließlich Postgeld. In der Ausgabe 1936 des Normblattverzeichnisses ist dem Benutzer das Zurechtfinden in den zur Zeit rund 6000 einseitigen Normblättern erleichtert. Außer der Ordnung des Stoffes nach der Dezimalklassifikation ist diesmal auch das Stichwortverzeichnis verbessert und durch Hinzufügen der Seitenziffern zu den einzelnen DK-Gruppen die Handhabung weiter vereinfacht worden. Ferner wurde das Nummernverzeichnis der Dinnormen und Fachnormen am Schlusse des Sachteils zusammengefaßt und ein besonderes Verzeichnis der Fachnormen mit Angabe der zugehörigen Seitenziffern geschaffen. In knappen Umrissen gibt ein kurzer Artikel über Zweck, Ziel und Nutzen der deutschen Baunormen Auskunft und führt zum eigentlichen Sachteil über. Auch die Literaturhinweise sind jetzt nach den einzelnen Sachgruppen des Verzeichnisses wurden beibehalten. Der trotz der hohen Unkosten niedrig gehaltene Preis soll auch kleineren Betrieben und Studierenden die Anschaffung ermöglichen.

Fragekasten

Frage Nr. 65. (Kostenlose Ueberlassung des Vorgartengeländes.)

Bei der Bebauung eines parzellierten Grundstücks, welches von vier Straßen begrenzt wird und in offener Bauweise (Baukl. II) bebaut werden kann, verlangt die Stadtgemeinde von uns Käufern die Eintragung in Abt. II des Grundbuches zwecks kostenloser Ueberlassung des Vorgartengeländes bei einer evtl. Vorleistung der Stadtgemeinde der Straßen. Der Inhalt der geforderten Eintragung ist folgender: Im Grundbuch: Vormerkung zur Sicherung des Rechtes auf Auflösung des Vorgartengeländes in Größe von qm für die Stadtgemeinde in H. Außerdem befindet sich im Vertrage mit der Stadtgemeinde folgender Zusatz: Vorstehende Eintragung muß unentgeltlich, kostenlos und schuldlos erfolgen. Das Fluchtlinienverfahren ist durchzuführen, die Fluchtlinien selbst sind förmlich festzustellen. Die Baufuchtlinie liegt 5 Meter hinter der Straßenfluchtlinie, so daß ein Vortragen von 5 Meter Breite entsteht, der nach den baupolizeilichen Bestimmungen geradenmäßig anzulegen und mit einem guten Vortragen (ca. 24 RM pro lfd. Meter) einzufriedigen ist. Die Straßen sind nicht historisch, in der Hauptsache ausgebaut, (so daß ein Anbau erfolgen kann) jedoch im Sinne des Fluchtliniengesetzes noch nicht fertiggestellt. Meiner Ansicht nach hat die Stadtgemeinde durch die Fluchtlinienfestsetzung ihre Absichten in bezug auf die Straßen eindeutig klargestellt, so daß der Abtretung des zur Straße selbst fallenden Geländes keine weitere Forderung in bezug auf mein Grundstück gestellt werden kann, dies umso mehr, weil die Stadtgemeinde erst in letzter Zeit die oben genannte Forderung erhebt und dadurch bereits früher erstellte Bauten bzw. Grundstücke in dieser Bauklasse nicht mit der genannten Last belegt hat. Es ist damit die Ungleichheit in der Behandlung der Baulustigen gegeben. Ich kann meine Absicht, den Bauplatz weiter zu geben, nicht verzichten, da sich der Kauflustige an der von der Stadt gestellten Bedingung stößt, und ich glaube, daß die Bedingung als solche gegen die guten Sitten verstößt. Denn, wenn später eine Verbreiterung der Straße durch Hergabe von Vorgartengelände nötig sein sollte, so müssen die Kosten entweder von der Stadt getragen werden oder aber auf sämtliche Anlieger der Straße umgelegt werden und nicht von einzelnen Grundstückseigentümern eine Sonderbelastung durch kostenlose Hergabe des erforderlichen Geländes verlangt werden. Außerdem verliert doch das villenartige Gebäude durch eine Abtretung des Vorgartens zum Teil auch an Wert durch die ausfallenden Vorteile eines Vorgartens und zudem geht noch der Wert des Straßenzuges verloren, abgesehen von Zufahrten zu Garagen oder sonstigen Nebenanlagen, die sich evtl. innerhalb des Vorgartens befinden. Was kann ich gegen dieses Verlangen tun, oder ist eine Entscheidung einer höheren Instanz in ähnlicher Sache bekannt? K. S. H.

Frage Nr. 66. (Deckenputz im Hühnerstall.)

In einem vor neun Jahren errichteten Neubau ist ein Hühnerstall eingebaut worden. Die Decke des Stalles ist mit Rohrdeckenschalung, Rohrgewebe und Putz versehen. Seit einiger Zeit muß die Feststellung gemacht werden, daß der Deckenputz an vielen Stellen herunterfällt. Die Untersuchung hat nun ergeben, daß durch die entstehenden Ausdünstungen der Rohrdraht und die Nägel durchgerostet sind und dadurch der Putz losbröckelt. Wer hat ähnliche Erfahrungen gemacht, und welche Maßnahmen können hier getroffen werden? A. K., Z.

Frage Nr. 67. (Fundamentabrechnung.)

Bei einem Bauvorhaben für ein Bauamt wurden von mir nach folgender Anschlagsposition 476,00 ccm eisengebehrte Betonfundamente hergestellt: Zementstampfbeton der Bankette, wo erforderlich zwischen Schalung, unter Verwendung von Oderkies Mischung 1:5 mit einer doppelten Rundenbewehrung und mit versetzter Bügelabrechnung sind entsprechend DIN-Vorschriften, IV, Beton- und Eisenarbeiten DIN 1967 Ziff. 14, die Ecken und einbindenden Wände überlassen aufgerechnet worden. Das Heeresbauamt erkennt nun die Massenaufstellung in dieser Form nicht an und begründet die Maß-

nahme damit, daß es sich nicht um Wände, sondern lediglich um Fundamente handelt. Das Fundament mußte teilweise eingeschalt werden, da das Gebäude in eine Sandgrube zu stehen kam, die später zugeschüttet wurde. Da eine Eisenbeschneidung in den Ecken und Wandanschlüssen erfolgte, mußte nach mehrmaligen Zuführungen nach DIN 1967 Ziffer 14 der DIN-Vorschriften abgerechnet werden, weil letzten Endes ein 60-cm-Fundament auch eine Mauer ist. M. D., O.

*

2. Antwort auf Frage Nr. 58. (Dichtung eines Wohnhaussockels aus Muschelkalk.)

In Ihrem Fall scheint es sich um Feuchtigkeit durch Schlagregen zu handeln. Der verwendete Muschelkalk ist porös genug, um die bei Schlagregen aufgenommenen Feuchtigkeit bis zur Innenseite der Mauer vordringen zu lassen. Zur Beseitigung des Übels stehen mehrere Wege zur Verfügung, und zwar entweder die Abdeckung der Innenwände mit geeigneten Isoliertapeten oder die Bekleidung der Innenwände mit einem wasserdichten Mörtelputz. In beiden Fällen ist der alte Innenputz zu entfernen, die Fugen möglichst tief auszukratzen und die Flächen gründlich zu säubern. — Bei der Abdeckung der Innenwände mit Falztafeln, Leichtbauplatten oder dgl. muß zwischen der Abdeckung und der Wand eine Luftisolierschicht vorgesehen werden. Dies erreicht man in der Weise, daß man auf die Mauer einen imprägnierten Lattestrich aufbringt, auf den die Platten aufgenagelt werden oder man bringt Mörtelstreifen von etwa 2 cm Stärke und 10 cm Breite auf das Mauerwerk, auf die Platten mit einem feinen Mörtel befestigt werden. Auf die so aufgetragene Abdeckung kann dann ein Verputz oder dgl. aufgebracht werden. Für eine Luftzirkulation an der Decke und am Boden ist Sorge zu tragen. Vorteilhaft ist es, die Mauer hinter der Abdeckung außerdem noch mit einem bituminösen Anstrich zu versehen. — Für die Bekleidung der feuchten Innenwände mit einem wasserdichten Mörtelputz ist ein dichter Zementmörtel zu empfehlen, der aus einer Mischung von 1 Teil Zement und 1/2 bis 3 Teilen schlammig Sand besteht; diese Mischung ist mit einem Dichtungsmittel (z. B. Propalin) anzumachen. Nach Erfahrung dieses Mörtels wird zur Aufnahme der Feuchtigkeit der Raumluft (Wrasen in der Küche) ein feiner Kalkputz von etwa 3 bis 5 mm Stärke aufgebracht, auf den ein Farbstrich erfolgen oder auf den auch tapeziert werden kann. — Soll die Wasseraufnahme des Muschelkalkes unterbunden werden, so kann dies durch einen farblosen Anstrich geschehen. Geeignet hierfür ist farbloses Zimmer-Lasur, Becko-Wandcolor oder Lithuin E, farblose Flüssigkeiten, die keinen Überzug ergeben und auch keine Vergrübung des Muschelkalkes hervorrufen. Die Behandlung des Muschelkalkes mit diesen Mitteln darf aber nur an warmen Tagen erfolgen, und zwar auf die gut ausgetrockneten Flächen. E. B., B.

2. Antwort auf Frage Nr. 59. (Erhöhen der Oberfläche von Gartenwegen.)

Zur Verbesserung und Härterung der Oberfläche der Gartenwege schlägt sich Ihnen vor, einen Versuch mit Sulfatlauge zu machen, die zu demselben Zweck zur Verfestigung von Straßenwegen aus Sand-Kiesgemisch Verwendung findet. Durch die Anwendung von Sulfatlauge, die eine klebrige Eigenschaft besitzt, wird die obere Schicht des feinen Steinmehls zusammengeballt; die Lauge selbst dringt außerdem in den Belag ein und wirkt auf denselben so verfestigend, daß die Wege bei öfterer Behandlung eine feste Beschaffenheit erlangen. E. W., B.

1. Antwort auf Frage Nr. 60. (Hausabbruch.)

Der Besitzer des Eckwohnhauses, in diesem Falle die Stadt, ist berechtigt, das Haus einschließlich der Wand an Nachbargrundstück abzureißen, da grundrechtliche Eintragungen und privatrechtliche Bestimmungen, die eine anderweitige Regelung enthalten, nicht vorhanden sind. Der Nachbar ist nach dem Schuldsatz von § 33, Ziff. 3 verpflichtet, seinem Gebäude die notwendige eigene Standsfähigkeit zu geben, d. h. also, eine tragfähige, massive Grenzmauer als Abschluß seines Hauses zu errichten. Der Abbruch des Eckwohnhauses

erleichtert die Sachlage aber insofern, als der Abbruch zum Zwecke der Straßenverbreiterung erfolgt. Es besteht die Möglichkeit und es wäre das einfachste und voraussichtlich auch die billigste, wenn der Nachbar der Stadt die Grenzmauer abkaufen würde. Bei diesem Kauf müßte der Geländestreifen, auf dem die Mauer steht, mit einbezogen sein. Selbstverständlich ist dann die nach erfolgtem Kauf notwendige grundbuchamtliche Eintragung. Altem Anschein nach werden nur einige Verankerungen notwendig sein, um die Grenzmauer mit dem Nachbargebäude fest und sachgemäß zu verbinden. Bei Vorhandensein einer gemeinsamen Grenzmauer ist natürlich keiner der Nachbarn für sich allein berechtigt, diese abzureißen, eben weil sie beiden je zur Hälfte gehört. In diesem Falle ist es am besten, wenn der Nachbar, falls das Eckgrundstück unbebaut bleibt, die Grenzmauer ganz übernimmt, also die Stadt den halben Wert der Wand bezahlt. Auch hier ist grundbuchamtliche Eintragung selbstverständlich, um spätere Streitigkeiten für immer zu vermeiden. P. S., A.

1. Antwort auf Frage Nr. 61. (Dichtung eines Eisenbeton-Flachdaches.)

Als Dichtungsmittel für Beton hat sich z. B. Pixol-Emulsion gut bewährt. Dieses Mittel wird dem Beton zugesetzt und macht ihn völlig wasserundurchlässig. Die Emulsion ist hell und vollständig geruchlos. Sie können jedoch das Dach auch mit Dachpappe eindenken und, wenn Sie die Pappe vor Brandgefahr schützen wollen, diese mit Dispal-Dachlack (silberfarben) streichen. Dieser Dachlack ist auf Aluminiumgrundlage hergestellt und ist für diese Zwecke daher besonders geeignet. R. M., B.

2. Antwort auf Frage Nr. 61. (Dichtung eines Eisenbeton-Flachdaches.)

Wenn Sie das Flachdach, welches als Lufschutzdecke dienen soll, nicht mit einer Pappeindeckung versehen wollen, so bleibt nichts anderes übrig, als daß Sie dem Beton ein gutes Dichtungsmittel einsetzen und außerdem nach Fertigstellung des Daches einen wasserundichten Bitumenanstrich, möglichst zweimal, aufbringen. Als Zusatz können Sie z. B. Paralec verwenden und als Überzug den Paralec-Isolier-Anstrich. Dr. O. K., M.-L.

3. Antwort auf Frage Nr. 61. (Dichtung eines Eisenbeton-Flachdaches.)

Jeder den Witterungseinflüssen ausgesetzte Beton wird mit der Zeit Risse bekommen. De hilft auch kein Wasserdrückungs- oder sonstiges Zusatzmittel irgend welcher Art. Wenn Sie ganz sicher gehen wollen, gibt es nur das eine, auf dem Beton eine kalt oder heiß herzustellende Bitumenschicht aufzubringen und mit einer Betonschutzschicht von wenigstens 3 cm Stärke abzudecken. Dachpappe ist auch nicht zu empfehlen, da diese doch nach kürzerer oder längerer Zeit verrottet. Mit näheren Angaben stehe ich gern zur Verfügung. A. K., O.

4. Antwort auf Frage Nr. 61. (Dichtung eines Eisenbeton-Flachdaches.)

Eine geeignete Abdichtung kann man entweder durch Aufbringen eines bituminösen Anstriches oder durch Überdecken mit einer wasserundichten Zementestrichschicht erzielen. Im ersten Falle muß man mit Rücksicht auf die klimatischen Verhältnisse in Deutschland von einem zur Dachisolierung geeigneten Bitumen verlangen, das der Erstarrungspunkt unter 20° Kälte und der Tropfpunkt über 60° Wärme liegt; außerdem muß dieser bituminöse Anstrich beständig gegen angreifende Substanzen und Temperaturschwankungen sein, unbedingte Wasserundurchlässigkeit besitzen und eine gute Haltfähigkeit am Untergrund aufweisen. Als ein solches bituminöses Anstrichmittel kann ich Ihnen Bituplast empfehlen, das bei jeder Witterung verarbeitet werden kann und das in schwarzer oder rotbrauner Farbe geliefert wird. — Soll die Abdichtung durch Aufbringen einer wasserundichten Zementestrichschicht erfolgen, so muß zu diesem Zweck zunächst auf das Dach ein zweifacher Isolieranstrich aus Kaltbitumen aufgebracht werden. Der zweite Anstrich, der mit scharfem Sand zu bestreuen ist, darf erst aufgetragen werden, wenn der erste Anstrich getrocknet ist. Auf diesen Isolieranstrich folgt dann ein 2 bis 3 cm starker Zementestrich (Mischung 1 : 3), der mit einem bewährten Dichtungsmittel wasserdicht gemacht wird. — Ich möchte Ihnen auch noch empfehlen, sich mit dem Hochbauamt Frankfurt a. M. in Verbindung zu setzen, durch das verschiedene Häuser mit Flachdächern ausgeführt worden sind. Um die bei solchen Eindeckungen gesammelten Erfahrungen und Untersuchungen für die Allgemeinheit nutzbar zu machen, hat das Hochbauamt Richtlinien über die Dachhaut des Flachdaches herausgegeben. E. W., B.

1. Antwort auf Frage Nr. 62. (Risse und Abplatzstellen im Fassadenanstrich.)

Sie haben hierbei den Fehler gemacht, daß Sie den alten Oelfarbanstrich an verschiedenen Stellen belassen haben. Wenn sich nun heute an diesen Stellen Risse und Abplatzungen zeigen, so ist der Grund hierfür in dem ungleichem Untergrund, nicht aber in dem neuen Farb- oder Anstrichmaterial zu suchen. Die mit Oelfarbe gestrichenen Flächen sind doch dicht und undurchlässig. Der Anstrich haftet nur an der Oberfläche, er vermag nicht in das Innere zu dringen und, wenn die Sonne recht scharf darauf scheint, so erhält der Anstrich Risse und blättert schließlich ab. Nicht gar zu frische, aber sorgfältig vorbereitete Putz bietet für Anstriche den besten Untergrund. Hier kann nämlich die Anstrichmasse etwas in den porösen Putz eindringen. Wollen Sie das Uebel gründlich beseitigen, so gibt

es nur den einen Weg: Restlose Entfernung der mit Oelfarbe gestrichenen Putzflächen, Ersatz dieser durch neue Putzflächen und dann Anstreichen der gesamten Fläche in gleicher Weise wie bisher.

1. Antwort auf Frage Nr. 63. (Grundwasserabdichtung.)

Bei der erwähnten Heizkeller-Abdichtung sind zwei grundlegende Fehler begangen worden, und zwar: 1. die Grundwasserhältnisse sind nicht genügend geprüft worden und 2. war die Anbringung einer Gulpbetonschicht auf die Isolierung als Belastung falsch. Der Gulpbeton erhöht viel zu langsam, so daß in diesem Falle die Grundwasserhaltung hätte länger durchgeführt werden müssen als drei Tage. Sicher hat der aufgetragene Gulpbeton, da Sie noch dazu Grobgestein verwendet haben, Hohlräume ergeben, wahrscheinlich noch speziell an den Nahtstellen, so daß nach Aufhebung der Wasserhaltung die Nähe durch das Druckwasser in diese Hohlräume hineingetrieben wurden und aufplatzen konnten. Am besten wäre es gewesen, Sie hätten an die Isolierung eine Ziegelmauerschicht vorgemauert und dann eine dem Wasserdruck entsprechende Gulpbetonschicht aufgebracht. Da es sich um einen Heizkeller handelt, ist es sehr zu empfehlen, auf die Isolierung noch eine Schicht mit Schamotteplatten aufzubringen. hohen Temperaturen des Heizkellers von der Isolierung abzuhalten. Dies nicht gemacht worden ist, so ist es höchst wahrscheinlich, daß Sie auch damit noch Schwierigkeiten haben werden, indem unter Umständen die Klebemasse im Laufe der Zeit zusammenfließt. Gerade bei Heizkellern ist besonders auf die Gesamtführung — Isolierung und der darauf aufzubringenden Belastungsschicht — Wert zu legen. Dr. O. K., M.-L.

2. Antwort auf Frage Nr. 63. (Grundwasserabdichtung.)

Alle am Schluß der Frage aufgeworfenen Gründe können vielleicht vorliegen, aber mit Vermutungen ist wenig anzufangen, sondern es müssen Beweise dafür vorliegen, und die werden sich ohne nähere Untersuchung kaum erbringen lassen. Wenn aber jemand derartige Isolierungsarbeiten übernimmt und ausführt, gehört es zu seinen Obliegenheiten, diese Arbeiten nach den besten Regeln der Technik vorzunehmen und alle Vorkehrungen zu treffen, die erforderlich sind, um ein späteres Durchdringen des Wassers zu verhindern. Genaueste Feststellungen über die Höhe des Grundwasserspiegels gehören zu den unerlässlichen Vorbedingungen, denn wenn man über den Grundwasserspiegel im unklaren ist, kann die gesamte Arbeit umsonst sein und das ist ja im vorliegenden Falle auch wirklich eingetreten. Sie hätten also unbedingt feststellen müssen, wie hoch das Grundwasser im Hofteufalle steigt und danach mußten die Vorkehrungen getroffen. Verantwortlich für das Eindringen des Wassers ist selbstverständlich derjenige, der die Isolierungsarbeiten ausführt. Er kann halber gemacht werden und ist verpflichtet, den Schaden zu beseitigen. Wie die Beseitigung des Fehlers am einfachsten durchgeführt werden kann, das kann nur an Ort und Stelle durch eine genaue Besichtigung und Untersuchung festgestellt werden. — nn.

1. Antwort auf Frage Nr. 64. (Beseitigung von Ausschlag durch Magnesitumbeimischungen in Ziegeln.)

Um die Ausschläge zu beseitigen, versuchen Sie zunächst eine Behandlung mit Salzsäure. Zu diesem Zweck ist zunächst die Fläche mit Wasser gut anzunässen, dann mit einer drei- bis vierprozentigen Salzsäurelösung gut abzubürsten und hierauf wieder mit reinem Wasser nachzuwaschen. Sollten sich nach dem Trocknen abermals Ausschläge zeigen, so muß ein Schutzanstrich aufgebracht werden und zwar kann zur Beseitigung der Ausschläge z. B. Prosulfat angewandt werden. Dieses Mittel macht die Ausschläge durch chemische Umsetzung unschädlich. Der erste Anstrich erfolgt mit einer 20prozentigen Lösung, nach Trocknung dieses Anstriches erfolgt ein zweiter mit einer 50prozentigen Lösung. Unmittelbar hierauf kann der Schlammputz aufgebracht werden. Bei diesem Schlammputz handelt es sich anscheinend um die sog. Schnittfennische Kalkschlämme; nach Ihren Angaben stimmt aber in diesem Falle die Zusammensetzung Ihrer Schlämme mit der Originalschlämme nicht überein. Wollen Sie Erfolg mit einer Schlämme haben, so halten Sie folgende Mischung ein: 75 Liter reiner, scharfer Sand, 25 Liter Schwarze oder Weißkalk, 12 Liter eines Dichtungsmittels (z. B. Ceresit) und 38 Liter Wasser. Dieser Mischung werden noch 3 Liter Leinöl zugesetzt. Bei Handstrichen genügt im allgemeinen ein Anstrich. Weißkalk verwendet man nur, wenn man eine helle Dachsicht erhalten will; durch Zusatz von Erdfarbe läßt sich die Schlämme beliebig färben. Bt., B.

2. Antwort auf Frage Nr. 64. (Beseitigung von Ausschlag durch Magnesitumbeimischungen in Ziegeln.)

Die unschönen Ausschläge auf den Ziegeloberflächen rühren bekanntlich von den im Ziegelform befindlichen Salzen her. Solange der Ziegel von Nässe und Feuchtigkeit unberührt bleibt, richten die Salze keinen Schaden an. Sobald aber Feuchtigkeit, also etwa Regen hinzu kommt, lösen sich die Salze auf und treten an die Ziegeloberfläche. Infolge Wind- und Sonneneinwirkung verdunstet die Feuchtigkeit. Zurück bleibt ein weißlich-grauer Ausschlag, der sich abheben und abwaschen läßt. Sie können auch mit verdünnter Essigsäure und Salzsäure ansetzen, muß aber sofort mit reinem Wasser nachspülen und nun die Fläche trocknen lassen. Dann behandeln Sie die Fläche mit einer wasserhellen Flußlösung. Diese führt auf den Ziegeloberflächen eine gute Dichtigkeit herbei, härtet die Oberfläche und verhindert das Durchdringen der Salze. gh.